

4. Änderungssatzung vom 22.12.2009 zur Hauptsatzung der Stadt Bad Driburg vom 18.01.2000

Aufgrund des § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 ff), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 380), hat der Rat der Stadt Bad Driburg in seiner Sitzung am 21.12.2009 folgende 4.Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bad Driburg beschlossen:

Artikel 1

§ 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Für jeden Bezirk wird ein Bezirksausschuss gebildet. Die Zahl der Mitglieder der Bezirksausschüsse wird einheitlich wie folgt festgesetzt:

<u>Bezirksausschuss:</u>	<u>Anzahl der Mitglieder</u>
Alhausen	9
Dringenberg	9
Herste	9
Neuenheerse	9
Pömbsen	9
Reelsen	9

Von den vorgenannten Mitgliedern der Bezirksausschüsse sind mindestens 2 Stadtverordnete, die übrigen sachkundigen Bürger. Alle Mitglieder sollen in dem Bezirk wohnen, für den der Bezirksausschuss besteht. Von dieser Bestimmung kann nur bei Stadtverordneten abgewichen werden.

Artikel 2

§ 12 Abs. 1 Ausschüsse erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt, welche Ausschüsse, außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden und regelt deren Zuständigkeiten.

Artikel 3

§ 16 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Bad Driburg, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, werden vollzogen im:

Amtsblatt der Stadt Bad Driburg
"Bad Driburg aktuell"

Dies gilt auch, wenn durch Rechtsvorschriften ortsübliche Bekanntmachungen vorgeschrieben sind.

Artikel 4

Diese 4. Änderungssatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung wird gem. § 7 Abs. 4 GO NRW i.V.m. den Bestimmungen der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW S. 516) zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 05.08.2009 (GV. NRW. S. 442 ber. 481) öffentlich bekannt gemacht. Gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bad Driburg, den 22.12.2009

Der Bürgermeister

Burkhard Deppe